

Tobias Kalt*

Zwischen Konfrontation und Kooperation

Der Transformationskonflikt Arbeit versus Klima in der südafrikanischen Energiewende

Zusammenfassung: Beim Ausstieg aus fossilen Energiesystemen kommt es häufig zu Konflikten. In Südafrika tritt die Konfliktlinie Arbeit versus Klima im Zuge der Konkurrenz zwischen fossilen und grünen Hegemonieprojekten zutage. Trotzdem versuchten Gewerkschaften und Klimabewegung schon früh, gemeinsame Strategien zu entwickeln. Nach einer Phase heftiger Konfrontation wurden diese zuletzt wieder aufgegriffen. Das Beispiel Südafrika zeigt, wie Transformationskonflikte zwar progressive Kräfte entlang der Konfliktlinie Arbeit versus Klima spalten, diese Konflikte aber auch Lernprozesse hervorrufen können. Unter günstigen Bedingungen tragen sie dazu bei, die Konfliktlinie zu überwinden und gegenhegemoniale Transformationsallianzen zu bilden.

Schlagwörter: Transformationskonflikte, Transformationsallianzen, Energiewende, Just Transition, Jobs versus Environment

Between Confrontation and Cooperation

The Transition Conflict Jobs Versus Climate in the South African Energy Transition

Abstract: Conflicts often arise when phasing out fossil fuels. In South Africa, the conflict of jobs versus climate emerges in the course of the competition between fossil and green hegemony projects. Nonetheless, trade unions and climate movements tried to develop joint strategies early on. After a period of intense conflict, these efforts have recently been taken up again. The example of South Africa shows that transition conflicts can divide progressive forces along the conflict line of jobs versus climate, but they can also generate learning processes. Under favourable conditions, these contribute to overcoming the conflict line and building counterhegemonic transition alliances.

Keywords: Transition Conflicts, Transition Alliances, Energy Transition, Just Transition, Jobs Versus Environment

* Tobias Kalt  promoviert an der Universität Hamburg zu Konflikten und Allianzen zwischen ökologischen Kämpfen und Arbeitskämpfen in der Energiewende in Südafrika und Deutschland.

Der klimapolitisch motivierte Umbau fossiler Energiesysteme führt mitunter zu Arbeitsplatzverlusten im fossilen Energiesektor. Dadurch entstehen häufig Konflikte zwischen Gewerkschaften und Klimabewegungen. Inwiefern ein schneller Ausstieg aus fossilen Brennstoffen erfolgt, hängt auch von einer erfolgreichen Bearbeitung von Transformationskonflikten entlang der Spannungslinie Arbeitsplätze versus Klimaschutz ab. Daher ist es wichtig zu erkennen, wie Konflikte entstehen, wie sie sich entwickeln und warum sie sich ver- oder entschärfen. Dementsprechend gehe ich in diesem Beitrag der Frage nach, unter welchen Bedingungen sich solche zwischen Gewerkschaften und Klimabewegung entfalten, und wie sie überwunden werden können. Ein Blick nach Südafrika bietet sich hierfür besonders an, weil dort im Konflikt um die Kohle sowohl heftige Konfrontationen zwischen Gewerkschaften und Klimabewegungen als auch weitreichende Versuche einer sozial-ökologischen Allianzbildung auftreten. Zudem adressiert die Fallstudie zu Südafrika eine Forschungslücke in den *Environmental Labour Studies* zu Transformationskonflikten im Globalen Süden (Satheesh 2020).²

Im Folgenden stelle ich zunächst einige wissenschaftliche Erkenntnisse zur Konfliktlinie Arbeit versus Klima vor und entwerfe einen hegemonietheoretischen Zugang zur Konfliktanalyse. Anschließend zeichne ich den Transformationskonflikt in der südafrikanischen Energiewende in Bezug auf Arbeit versus Klima nach. Grundlage dafür sind 27 problemzentrierte Interviews (Witzel/Reiter 2000) mit Aktiven in Gewerkschaften, Umwelt-NGOs und Umweltgerechtigkeitsgruppen in Südafrika, die zwischen 2019 und 2022 geführt wurden.³ In einem Kontext hoher sozialer Ungleichheit geraten Gewerkschaften und Klimabewegung in Konflikt um Fragen sozialer Gerechtigkeit und Eigentumsverhältnisse in der Energiewende. Demgegenüber finden sich Bündnispotenziale in Transformationsstrategien, die Forderungen nach Gerechtigkeit und Vergesellschaftung ins Zentrum stellen. Zudem zeigt sich, dass die Zuspitzung von Konflikten einerseits Gewerkschaften und Klimabewegungen spalten und die Herausbildung von Allianzen verhindern können. Andererseits kann eine Konflikteskalation auch zu Lerneffekten führen, die gemeinsame Suchprozesse nach gegenhegemonialen Perspektiven hervorrufen.

2 Ausnahmen sind einige Beiträge zum Globalen Süden in Rätzkel u.a. (2021) und der Beitrag von Anne Tittor in diesem Heft.

3 Die Auswertung erfolgte mittels einer deduktiv-induktiv vorgehenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz (2018) basierend auf Oberkategorien zu Konfliktgegenständen, Konfliktstrategien und förderlichen und hemmenden Bedingungen für Zusammenarbeit. Diese wurden in mehreren Kodierdurchläufen durch induktiv gewonnene Unterkategorien ausdifferenziert. Die Übersetzungen der Interviews stammen vom Autor.

1. Die Konfliktlinie Arbeit versus Klima

In der Transformationsdebatte spielen soziale Konflikte keine oder eine untergeordnete Rolle. Konfliktsoziologische und politökologische Perspektiven weisen jedoch auf deren zentrale Bedeutung sowohl als Hindernisse als auch als Treiber und Vehikel von sozial-ökologischer Transformation hin (Lawhon/Murphy 2012; Scheidel u.a. 2018). In der Forschung zu Allianzen für eine sozial-ökologische Transformation sind »die Rolle und Bedeutung von Konflikten, die durch Unterschiede in den politischen Zielen und Politikansätzen entstehen, sowie die Auswirkungen dieser Unterschiede auf Prozesse der Allianzbildung [...] kaum untersucht« (Soder u.a. 2018: 521, Übers. T.K.). Dabei kann eine Analyse des konfliktbehafteten Wechselspiels von Konfrontation und Kooperation ein besseres Verständnis darüber schaffen, wie Transformationsallianzen zwischen Gewerkschaften und Umweltbewegungen entstehen oder auch wieder zerfallen.

Die dabei relevante Konfliktlinie bezeichnen Rätzzel und Uzzell (2011) als »jobs versus environment dilemma«. Dieses kann auftreten, wenn Arbeitsplätze in umweltverschmutzenden Bereichen aufgrund umwelt- und klimapolitischer Maßnahmen wegfallen sollen. Zwar gibt es aus makroökonomischer Perspektive keinen grundlegenden Widerspruch zwischen Arbeit und Umwelt, denn mit Umweltregulierung gehen gemeinhin positive Beschäftigungseffekte einher (Goodstein 1999). Doch das genannte Dilemma ist in Transformationsprozessen trotzdem eine politische Realität, da in der »Tretmühle der Produktion« in kapitalistischen Gesellschaften Beschäftigung und materieller Wohlstand an umweltzerstörerischem Wirtschaftswachstum gekoppelt sind (Schnaiberg 1980). Zusätzlich verstärkt häufig die lebensweltliche Orientierung von Arbeiter*innen an einer ressourcen- und emissionsintensiven imperialen Lebensweise den Konflikt (Wissen 2020). Zwar schafft ein grüner Industrieumbau insgesamt weitaus mehr Arbeitsplätze, als verloren gehen (ILO 2018). Aber Beschäftigte in umwelt- und klimaschädlichen Branchen und Betrieben können dabei reale materielle Verluste erleiden. Daher tritt die Konfliktlinie insbesondere bei der Transformation fossiler Industrien als zentrale Herausforderung auf. Hier drohen gewerkschaftlich organisierte Arbeitsplätze wegzufallen, ohne dass gleichwertige Alternativen und Maßnahmen zur sozialen Abfederung in Aussicht stehen (Dörre u.a. 2020). Aufgrund der historischen Rolle von Arbeitskämpfen in der Kohleindustrie für die Erringung gewerkschaftlicher Macht und politischer Rechte ist der Kohlebergbau im kollektiven Gedächtnis der Gewerkschaften außerdem positiv besetzt (Mitchell 2011).

Die Konfliktlinie Arbeit versus Klima kann vor dem Hintergrund konkurrierender Hegemonieprojekte betrachtet werden. Neogramscianischen Ansätzen zufolge ringen Hegemonieprojekte darum, konkrete politische Initiativen sowie breitere Vorstellungen über die soziale Ordnung durchzusetzen: Sie versuchen, Partikularinteressen zu verallgemeinern, einen gesellschaftlichen Konsens darüber zu etablieren und diesen zu institutionalisieren (Kannankulam/Georgi 2014). Hegemonieprojekte umfassen eine Akkumulationsstrategie zur Verwertung von Kapital sowie gesellschaftliche Träger*innen, ihre ideologischen Überzeugungen und politischen Strategien. Haas (2017: 60ff.) identifiziert ein »graues Hegemonieprojekt«, in dem traditionelle Kapitalfraktionen versuchen, die Verwertung des mit dem fossil-nuklearen Energieregime verbundenen Kapitals abzusichern. Dieses kann unter Umständen mit einem »grünen Hegemonieprojekt« konkurrieren. Ein solches Projekt wird von grünen Kapitalfraktionen getragen, die mit der Energiewende neue Verwertungsmöglichkeiten schaffen wollen (ebd.). Gegenhegemoniale Projekte – wie Degrowth, Ökosozialismus oder *Buen Vivir* – verfolgen demgegenüber grundlegende Veränderungen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse durch eine sozial-ökologische Transformation über den Kapitalismus hinaus (Brand 2020). Diese bezeichne ich im Folgenden als sozial-ökologische Hegemonieprojekte.

Wenn Gewerkschaften und Klimabewegungen in konkurrierende Hegemonieprojekte eingebunden sind, tritt die Konfliktlinie Arbeit versus Klima besonders deutlich hervor. Machteliten fällt es dann leicht, soziale gegen ökologische Fragen auszuspielen und potenziell progressive Kräfte durch Strategien des »teile und herrsche« zu spalten (Russell 2018). Der Beitrag geht der Frage nach, wie Gewerkschaften und Klimabewegungen diese Konfliktlinie überwinden können, um gewerkschaftliche und ökologische Kämpfe zu verbinden und Transformationsallianzen aufzubauen, die sich zu gegenhegemonialen Kräften für eine sozial-ökologische Alternative jenseits eines fossilen wie grünen Kapitalismus entwickeln können. Große Hoffnungen werden dafür in das Konzept einer *Just Transition* gesteckt, das Klimagerechtigkeit mit guter Arbeit in Einklang bringen soll (Morena u.a. 2020). Kritische Stimmen sehen darin jedoch ein unerreichbares Ziel aufgrund unauflösbarer Interessenkonflikte (Müller 2018). Andere nehmen es in erster Linie als Verzögerungs- und Verhinderungsstrategie fossiler Kräfte war (Bauriedl 2019). Nichtsdestotrotz hat *Just Transition* in den letzten Jahren als gewerkschaftliche Transformationsstrategie und als Brückenkonzept für Allianzen mit Klimabewegungen große Bedeutung erlangt (Wilgosh u.a. 2022).

2. Die südafrikanische Energiewende im Spannungsverhältnis zwischen fossilen und grün-liberalen Hegemonieprojekten

Die südafrikanische Energiewende ist mit starken Beharrungskräften eines fossil-staatskapitalistischen (kurz: fossilen) Hegemonieprojekts konfrontiert. Während der Apartheid war die Förderung von Steinkohle durch unterentlohnte Schwarze Arbeiter*innen zentral, um billige Energie für Bergbau und Industrie bereitzustellen. Zudem konnte Südafrika aufgrund von Sanktionen kein Erdöl importieren und nutzte daher verflüssigte Kohle, um Kraftstoffe und Chemikalien zu produzieren. Die engen Verflechtungen zwischen Regierung und Energie- und Bergbaukonzernen sowie Teilen der Gewerkschaften mit dem staatseigenen Strommonopolisten Eskom im Zentrum des sogenannten »Minerals-Energy-Complex« (Fine/Rustomjee 1996) bestehen fort. Heutzutage werden in Südafrika immer noch 91,5 Prozent des Stroms aus Kohle erzeugt.⁴ Ein kleiner Teil wird in Nachbarländer exportiert und der Großteil von Industrie- und Bergbaukonzernen verbraucht, die zwei- bis dreimal weniger für Strom bezahlen als private Haushalte (Thopil/Pouris 2013: 3). Zudem werden 25 bis 30 Prozent der flüssigen Kraftstoffe aus Kohle gewonnen und 25 bis 30 Prozent der Steinkohle wird exportiert (Burton u.a. 2018: 8). Durch diese fossilen Abhängigkeiten liegt Südafrika auf Platz 13 der weltweit größten CO₂-Emittenten.⁵

Doch in den letzten fünfzehn Jahren hat sich ein liberal-grünkapitalistisches (kurz: grün-liberales) Hegemonieprojekt formiert und ein leichter Umschwung hin zu erneuerbaren Energien stattgefunden. Dieser ist zwar auch klimapolitisch motiviert mit dem Regierungsziel, bis 2050 klimaneutral zu werden. Doch vor allem haben eine unzuverlässige Versorgungslage mit regelmäßigen Stromabschaltungen, steigende Strompreise sowie finanzielle Schief lagen und Missmanagement bei Eskom die Entstehung eines grün-liberalen Hegemonieprojekts begünstigt (Hanto u.a. 2022). Nicht über Eskom, sondern über private Unternehmen, sogenannte *Independent Power Producers* (IPP), fördert das staatliche *Renewable Energy Independent Power Producer Procurement Programme* (REI4P) seit 2011 den Ausbau erneuerbarer Energien. Zentrale Akteure sind neben grünen Kapitalfraktionen, insbesondere ausländischen Technologiekonzernen, auch einige Industrie- und Bergbaukonzerne, die eine verbesserte Energieversorgungslage anstreben. Während die erfolgreiche Marktöffnung für erneuerbare Energien und der eingetretene Preisrückgang positiv hervorgehoben werden, richtet sich die Kritik gegen

4 <https://www.iea.org/>.

5 <http://www.globalcarbonatlas.org/>.

die Dominanz transnationaler Investoren, die geringe lokale Wertschöpfung und die geringe Dauerhaftigkeit der dabei entstehenden Arbeitsplätze (Müller/Claar 2021). Zudem erfolgt der Ausbau der erneuerbaren Energien über den Markt nicht reibungslos, sondern trifft auf Widerstand aus dem fossilen Hegemonieprojekt. Eskom weigerte sich zuletzt wiederholt, erneuerbaren Strom aus IPPs ins Netz einzuspeisen, erhöhte einseitig die Netzentgelte und machte Erneuerbare für die Stilllegung von Kohlekraftwerken verantwortlich (Ting/Byrne 2020). Dadurch stagnierte der Ausbau und der Anteil der Erneuerbaren am Strommix liegt bei nur 4,7 Prozent (Hanto u.a. 2022: 167). Eskom wird daher von Akteur*innen des grün-liberalen Hegemonieprojekts als großes Hindernis für die Energiewende gesehen. Dementsprechend wird eine Liberalisierung des Strommarkts durch die Entflechtung von Eskom und dessen Beschränkung auf den Netzbetrieb angestrebt.

Auch Gewerkschaften sind Teil eines »Carbon Lock-In« in Südafrika (Sikwebu/Aroun 2021). Traditionell haben sie eine starke Verbindung zum Bergbau und insbesondere Bergbaugewerkschaften kämpften zusammen mit sozialen Bewegungen gegen die Apartheid. Nach deren Ende sicherte sich der gewerkschaftliche Dachverband *Congress of South African Trade Unions* (COSATU) institutionellen Einfluss als Teil der Regierungsallianz mit dem *African National Congress* (ANC) und der *South African Communist Party* (SACP). Mit der hegemonialen Einbindung in das fossile Hegemonieprojekt fand allerdings auch eine Abkehr vom früheren »Social Movement Unionism« (Von Holdt 2002) und ein stetiger Verlust von Organisationsmacht statt (Buhlungu 2010). Gewerkschaften befürworten zwar grundsätzlich erneuerbare Energien, stehen dem tatsächlichen Ausbau der Erneuerbaren aber aufgrund befürchteter Verluste von Arbeitsplätzen und Organisationsmacht im Kohlektor skeptisch gegenüber. Im gesamten Kohlektor (Bergbau, Kraftwerke, Transport, petrochemische Industrie) sind 120.000 Menschen beschäftigt – überwiegend Schwarze Männer, die überdurchschnittliche Löhne erzielen sowie über günstige Betriebsrenten und Sozialversicherungen verfügen, und von denen viele Gewerkschaftsmitglieder sind (TIPS 2020: 4, 9f.). Der Kohlektor beschäftigt zwar nur 0,8 Prozent der Erwerbsbevölkerung und die Arbeitsplätze konzentrieren sich in der Provinz Mpumalanga, in der 80 Prozent des Kohlebergbaus stattfindet (Burton u.a. 2018: 10). Arbeitsplatzverluste im Kohlektor können im Kontext einer landesweiten Arbeitslosenquote um die 40 Prozent jedoch zu drastischen sozialen Folgen führen. Im Zuge betriebsbedingter Stilllegungen von Kohlekraftwerken und Kohlebergwerken nahm die politische Debatte um *Just Transition* seit 2018 daher an Fahrt auf. In der *Presidential Climate Commission* (PCC) erarbeitete die Regierung ein Rahmenprogramm für eine derartige Strategie, Eskom richtete jüngst eine

Just Energy Transition Taskforce ein und auf dem UN-Klimagipfel COP26 wurde die *Just Energy Transition Partnership* zwischen Südafrika, der EU und einigen G7-Staaten angekündigt.

3. Erste Allianzen für eine sozial-ökologische Energiewende (2002–2013)

Such- und Verständigungsprozesse zwischen Gewerkschaften und Umweltbewegung prägten die frühe Energiewendedebatte in Südafrika. Schon im Anschluss an den UN-Erdgipfel in Johannesburg 2002 wurde mit dem *Energy Caucus* eine Plattform gegründet, auf der sich Umweltgruppen und Gewerkschaften zu Energiewende, Energiearmut und *Just Transition* austauschten. Einen erneuten Schub an Aktivitäten gab es rund um die UN-Klimakonferenz in Durban 2011. Internationale Aufmerksamkeit erhielt die Kampagne *One Million Climate Jobs*, mit der die globalisierungskritische NGO *Alternative Information and Development Centre* (AIDC) mit gewerkschaftlicher Unterstützung ein ambitioniertes Programm für drei Millionen »Klimajobs« zur Bekämpfung von Klimakrise und sozialer Ungleichheit entwarf. Auch intern setzten sich Gewerkschaften intensiver mit energie- und klimapolitischen Fragen auseinander. COSATU und die mächtige Industriegewerkschaft *National Union of Metalworkers of South Africa* (NUMSA) gründeten entsprechende Arbeitsgruppen. Daraus ging die Position von COSATU (2012) für eine *Just Transition* sowie die stärker ökosozialistische Perspektive von NUMSA (2012) mit Fokus auf den »Aufbau eines vergesellschafteten Erneuerbaren-Sektors in Südafrika« hervor. Gewerkschaften bekamen dabei Unterstützung von der Umweltbewegung. Diese besteht in Südafrika einerseits aus den großen internationalen NGOs wie dem *World Wildlife Fund* (WWF) und *Greenpeace*. Die Umwelt-NGOs haben ihre soziale Basis in der Mittelschicht und sind in ein grün-liberales Hegemonieprojekt eingebunden. Andererseits sind Gruppen für Umweltgerechtigkeit wie *Earthlife Africa* und *groundWork* wichtige Bewegungsakteure. Sie vertreten die Interessen marginalisierter Bevölkerungsgruppen und tragen ein sozial-ökologisches Hegemonieprojekt mit. Beide Bewegungsflügel unterstützten die Strategieentwicklung in den gewerkschaftlichen Arbeitsgruppen maßgeblich mit ihrer klimapolitischen Expertise. Diese Phase verlief zwar nicht konfliktfrei, aber sie war gekennzeichnet durch hohe bewegungsübergreifende Solidarität in Suchprozessen für eine sozial-ökologischen Energiewende.

Dass Gewerkschaften und Umweltbewegung zu dieser Zeit zusammenfanden, war kein Zufall. Internationale Umweltkonferenzen in Südafrika waren ein wichtiger Kristallisationspunkt (Müller 2017). Der Erdgipfel 2002 und die Klimakonferenz 2011 rückten Südafrika international ins Rampenlicht und

brachten Umweltorganisationen und Gewerkschaften an einen Tisch. Darüber hinaus startete die südafrikanische Regierung zwischen 2009 und 2012 das REI4P und eine Reihe weiterer energie- und klimapolitischer Initiativen. Das ermöglichte der Klimabewegung und den Gewerkschaften, sich mit eigenen Forderungen in die Politik einzubringen und diese untereinander abzustimmen. Ein weiterer Faktor sind geteilte Paradigmen, wenn es bei den Gewerkschaften um die Orientierung an Gesellschaftspolitik und in der Umweltbewegung um eine solche an Gerechtigkeit geht. Zwar ist ein »Social Movement Unionism« heute in Südafrika nur noch eingeschränkt anzutreffen, doch in Teilen der Gewerkschaften bestehen weiterhin eine gesellschaftspolitische Ausrichtung und eine Nähe zu sozialen Bewegungen. 2013 suchte NUMSA mit einer Kampagne gegen Energiearmut den Schulterschluss mit sozialen Bewegungen und verknüpfte die Themen Energiearmut und Energiewende. Innerhalb der Umweltbewegung orientieren sich bestimmte Umweltgruppen seit jeher an einer Gerechtigkeitsperspektive, während in den großen Umwelt-NGOs in dieser Zeit eine progressive Umorientierung hin zu einer sozialgerechten Gestaltung der Energiewende stattfand. Letztlich spielten engagierte Führungspersonen wie Dinga Sikwebe von NUMSA und Louise Naudé vom WWF eine wichtige Rolle. Sie organisierten den Austausch, bauten Brücken zwischen Gewerkschaften und Umweltbewegung und nahmen eine wichtige Vermittlungsrolle ein. Durch das Zusammentreffen von politischen Möglichkeitsfenstern, geteilten Paradigmen und engagierten Führungspersonen entstanden für kurze Zeit übergreifende Allianzen für ein sich formierendes sozial-ökologisches Hegemonieprojekt.

4. Konflikteskalation: Arbeit versus Klima (2014–2018)

All das änderte sich in den Folgejahren 2014 bis 2018. Statt Kooperation dominierte Konfrontation, die Konflikte spitzten sich zu und es kam zum Bruch zwischen Gewerkschaften und Klimabewegung. Der Gegensatz Arbeit versus Klima durchzog die Auseinandersetzungen auf fünf Ebenen.

Kohle versus erneuerbare Energien: Auslöser für die Konflikteskalation war 2017 die Ankündigung von Eskom, fünf Kohlekraftwerke vom Netz zu nehmen. Die Gewerkschaften verteidigten daraufhin die akut bedrohten Arbeitsplätze im Kohlesektor. Dabei übernahmen sie das Narrativ des fossilen Hegemonieprojekts gegen erneuerbare Energien, wonach die Energiewende für die Stilllegung der Kohlekraftwerke verantwortlich war, obwohl diese lediglich das Ende ihrer Laufzeiten erreicht hatten. Der Kampf um die Kohlejobs ging einher mit Protesten, Straßenblockaden und Streiks sowie Klagen gegen IPPs. NUMSA argumentierte vor Gericht, dass »die Unterzeichnung der Verträge

für IPPs bedeuten würde, dass Eskom weniger Kohlestrom benötigen wird. Dies wird wahrscheinlich zur Schließung von Kohlekraftwerken führen und dazu, dass mindestens 30.000 Arbeiter*innen-Familien unter Jobverlusten leiden werden. Zudem werden die Stromkosten drastisch steigen, da IPPs viel teurer als Kohlestrom sind« (NUMSA 2018, Übers. T.K.). Die *National Union of Mineworkers* (NUM) setzte auf Kohle mit CO₂-Abscheidung und Atomstrom als geeignetere Alternativen zu erneuerbaren Energien. Klimaschützer*innen verteidigten daraufhin den Ausbau erneuerbarer Energien, versuchten das Narrativ gegen Erneuerbare zu entkräften und kritisierten Gewerkschaften mit öffentlichen Stellungnahmen: »Greenpeace verurteilt aufs Schärfste die gerichtliche Klage, die eindeutig darauf abzielt, erneuerbare Energien zugunsten von Kohle zu sabotieren« (Greenpeace in: Politicsweb 2018, Übers. T.K.).

Schneller versus gerechter Übergang: Infolge der drohenden Arbeitsplatzverluste brachten Gewerkschaften die Forderung nach *Just Transition* vehementer in die Debatte ein. Sie forderten einen langsameren Übergang, Mitsprache im Transformationsprozess und Umschulungen sowie Beschäftigungsgarantien für Kohlearbeiter*innen. Klimaschützer*innen befürworteten hingegen die beschleunigte Stilllegung von Kohlekraftwerken und kritisierten *Just Transition* als defensive Gewerkschaftsstrategie zur Aufrechterhaltung des Status Quo: »Just Transition ist ein verschlüsselter Code, der besagt, dass Kohlejobs nicht verschwinden dürfen« (Interview WWF, 13.12.2019). Hingegen sahen sich die Gewerkschaften von der Umweltbewegung in deren Bekenntnis zu einer *Just Transition* getäuscht. Im Hinblick auf die Geschwindigkeit der Transformation konfligierten die unterschiedlichen Zeithorizonte von Klimahandeln und *Just Transition* entlang der »Nachhaltigkeit-Inklusivität-Spannungslinie« (Ciplet/Harrison 2020, Übers. T.K.). Aus der Klimaperspektive muss das Ende der fossilen Brennstoffe so schnell wie möglich kommen. Aber der Strukturwandel mit neuen Gewerbe- und Industrieansiedlungen in den Kohleregionen sowie die effektive Beteiligung der betroffenen Gemeinden und Beschäftigten braucht neben finanziellen Ressourcen und politischer Steuerung vor allem Zeit. Während Umweltgruppen einen beschleunigten Übergang zu Erneuerbaren begrüßten, wehrten sich Gewerkschaften daher gegen eine schnelle, kapitalgetriebene Transformation durch ein grün-liberales Hegemonieprojekt, die eine *Just Transition* und damit einhergehende Beteiligungs- und Verteilungsfragen ausklammerte.

Energiewende in öffentlicher versus in privater Hand: Seit der Ausbau der Erneuerbaren ab 2014 an Fahrt gewonnen hat, wird die Eigentumsfrage kontrovers diskutiert. Zwar befürworteten alle untersuchten Akteure grundsätzlich die Energiewende. Aber sie sind sich uneins, unter welchen Eigentumsverhältnissen dies geschehen soll. Die großen Umwelt-NGOs äußerten zwar

auch Kritik an einem zu sehr kapitalistisch dominierten Energiesystem, aber sie beschrieben sich selbst als agnostisch und pragmatisch in Bezug auf die Eigentumsfrage: »Der Staat muss das Energiesystem für vielfältige Beteiligungsformen öffnen. Das ist eine pragmatische Sache. Wir haben nicht den Luxus endloser ideologischer und theoretischer Debatten« (Interview WWF, 13.12.2019). De facto befürworteten sie als Teil des grün-liberalen Hegemonieprojekts jedoch eine marktorientierte Energiewende unter dem REI4P. Die Gewerkschaften kritisieren, dass dadurch transnationale Konzerne dominieren, Windräder und Solarmodule importiert statt selbst hergestellt werden und die profitgetriebene Strompreisbildung Energiearmut verschärft. Während Klimaschützer*innen also den Ausbau der Erneuerbaren unter dem REI4P begrüßten, wandten sich die Gewerkschaften vehement gegen eine marktorientierte Energiewende, die sie als Einfallstor für kapitalistische Landnahme im Energiesektor bekämpften: »Je nach Perspektive, kann man [das REI4P] als großen Erfolg für den Beginn der Dekarbonisierung des Energiesystems sehen oder als großen Erfolg für die Liberalisierungsagenda, die Staat und Gewerkschaften den Rücken bricht« (Interview FES, 18.11.2019). Mit ihrer Forderung nach einer Energiewende in öffentlicher Hand grenzten sich die Gewerkschaften von den Umwelt-NGOs ab: »Es ging [bei den Umwelt-NGOs] um erneuerbare Energien um jeden Preis [...] Die Frage des gesellschaftlichen Eigentums haben wir stark eingeführt und deutlich gemacht, dass es nicht nur um erneuerbare Energien geht« (Interview NUMSA, 5.12.2019).

Verstaatlichung versus Vergesellschaftung: Im Gegensatz zu den großen Umwelt-NGOs waren Gruppen für Umweltgerechtigkeit offener gegenüber gewerkschaftlichen Forderungen nach einer gesellschaftlichen Aneignung der Energiewende. Differenzen gab es jedoch darüber, ob dies Verstaatlichung oder Vergesellschaftung bedeutete. Mehrheitlich forderten die Gewerkschaften, den Energiesektor unter staatlicher Kontrolle beizubehalten sowie die Teilprivatisierung von Eskom zurückzunehmen. Eine zunehmend marginalisierte Minderheit in NUMSA forderte hingegen eine Vergesellschaftung des Energiesektors unter Kontrolle der Arbeiter*innen. Diese umfasse »eine Mischung aus halbstaatlichen Energieunternehmen, Genossenschaften, kommunalen Einrichtungen und andere Formen gemeinschaftlicher Energieversorgung« mit dem Mandat »der Sicherung der Energieversorgung, der Befriedigung universeller Bedürfnisse, der Dekommodifizierung von Energie und einer gerechten Dividende für lokale Gemeinschaften und Arbeiter*innen« (NUMSA 2012, Übers. T.K.). Aktivist*innen für Umweltgerechtigkeit standen einem staatlich kontrollierten Energiesektor skeptisch gegenüber. Stattdessen bevorzugten sie eine Vergesellschaftung und Demokratisierung des Energiesektors durch erneuerbare Energieprojekte in der

Hand lokaler Gemeinschaften mit dem prioritären Einbezug von armen, rassistisch diskriminierten Bevölkerungsgruppen.

Zentrales versus dezentrales Energiesystem: Der Konflikt dreht sich auch um die Organisationsform des Energiesystems und dabei vor allem um die Rolle von Eskom. Gruppen für Umweltgerechtigkeit befürworteten ein dezentrales Energiesystem mit privaten Erzeuger*innen, Genossenschaften, Stadtwerken und Off-Grid-Systemen. Durch eine Energiewende von unten soll die Energieversorgung verbessert, Energiearmut beseitigt und das Energiesystem durch die Beteiligung lokaler Akteur*innen demokratisiert werden. Zudem begrüßten einige Umweltorganisationen den Niedergang des angeschlagenen Energiemonopolisten Eskom, den sie als zentrale Stütze des fossilen Energieregimes und als Hindernis für eine schnelle Energiewende sahen. Demgegenüber verteidigten die Gewerkschaften ein zentralisiertes Energiesystem und wehrten sich dagegen, den Strommarkt durch die Entflechtung von Eskom zu liberalisieren und dezentralisieren. Sie befürchteten, dass damit Arbeitsplatzabbau und Privatisierungen einhergehen würden: »Diese Diskussion über Entflechtung hat uns als Gewerkschaften auf dem falschen Fuß erwischt, weil die Umwandlung von staatlichen zu privaten Unternehmen im neoliberalen Kontext bedeutet: Lasst uns alles privatisieren!« (Interview COSATU, 8.8.2022) Zudem könne der Zugang zu bezahlbarem Strom für alle nur über eine zentrale staatliche Verteilungsinstanz sichergestellt werden.

Für den Kurswechsel der Gewerkschaften und das Auseinanderbrechen der Allianzen gibt es mehrere Gründe. Während frühe Debatten zur Energiewende das fossile Energieregime nicht konkret bedrohten, geriet dieses Hegemonieprojekt durch die Energiekrise und ein erstarkendes grün-liberales Hegemonieprojekt in Bedrängnis. Im Zuge dessen stellten Gewerkschaften sich schützend vor Eskom und die Kohleindustrie. Als Teil des fossilen Hegemonieprojekts haben sie erhebliche Einflussmöglichkeiten im Kohlektor sowie eine starke Verhandlungsmacht in Eskom und befürchteten nun Machtverluste. Darüber hinaus hat die Einbindung von Umwelt-NGOs in ein grün-liberales Hegemonieprojekt einen Keil zwischen Umweltbewegung und Gewerkschaften getrieben. Während die Umwelt-NGOs den Ausbau der Erneuerbaren über den Markt begrüßten, lehnten Gewerkschaften diesen aufgrund dessen privatwirtschaftlicher Ausrichtung und der geringen lokalen Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte ab. Gab es früher noch einen gemeinsamen Horizont einer sozial-ökologischen Energiewende, so verschwand dieser mit der Durchsetzung eines marktorientierten Transformationspfads. Dass ein *Just-Transition*-Plan fehlte, hat den gewerkschaftlichen Widerstand zusätzlich verstärkt. Insbesondere im Kontext von zunehmender Arbeitslosigkeit und Mitgliederverlusten war es für die Gewerkschaften keine Option,

dem ersatzlosen Abbau von Arbeitsplätzen zuzustimmen. Schließlich spitzte sich die Krise innerhalb der Gewerkschaften zu. Mit NUMSA trat 2015 die größte Gewerkschaft aus COSATU aus, was zur Gründung des neuen Dachverbands *South African Federation of Trade Unions* (SAFTU) führte. Auch aufgrund der internen Konflikte hatte Klimapolitik zu dieser Zeit keine hohe Priorität. Durch interne Machtkämpfe wurden zudem transformative Kräfte für eine ökosozialistische Energiewende marginalisiert und die Pro-Kohle-Kräfte übernahmen Machtpositionen. Aufgrund all dieser Faktoren entzweiten sich die Gewerkschaften und die Klimabewegung und die Fronten verhärteten sich. Insbesondere die Konkurrenz zwischen einem staatszentrierten und zentralistischen fossilen Hegemonieprojekt und einem marktorientierten und dezentralen grün-liberalen Hegemonieprojekt ließ die Konfliktlinie Arbeit versus Klima dominant werden. Dadurch konnte das fossile Energiesystem fortbestehen und der Ausbau der Erneuerbaren kam in dieser Phase beinahe zum Erliegen. Ein gegenhegemoniales sozial-ökologisches Projekt rückte in weite Ferne.

5. Neue Allianzen für Klimagerechtigkeit und *Just Transition* (seit 2019)

Nach der Zuspitzung des Konflikts haben sich die Wogen seit 2019 wieder etwas geglättet. Während die Konfliktlinien fortbestehen, suchten sozial-ökologische Kräfte in den Gewerkschaften und in der Klimabewegung in den letzten Jahren erneut nach Gemeinsamkeiten. Die Gewerkschaften setzten sich zudem verstärkt für eine *Just Transition* ein. COSATU erarbeitete im Zuge der PCC den *Just Transition Blueprint for Workers*, der eine Vision einer ökosozialistischen *Just Transition* entwirft: »Ein neuer afrikanischer Ökosozialismus kann demokratisch und partizipativ sein. Die zentralen Prinzipien sind [...] wirtschaftliche Transformation hin zu demokratischen Eigentumsverhältnissen, nachhaltiger Lebensunterhalt und Wohlergehen für Arbeiter*innen und eine CO₂-arme und klimaresiliente Wirtschaft« (COSATU 2022: 13, Übers. T.K.). Konkret würde das bedeuten: erneuerbare Energien in staatlicher Hand, den Aufbau einer Wind- und Solarindustrie, die Rekulktivierung von Tagebauen sowie Arbeitsplatzgarantien, Umschulungen und Weiterbildungen für Kohlearbeiter*innen und ein bedingungsloses Grundeinkommen. Demgegenüber zeigen Umweltorganisationen ein gestiegenes Bewusstsein dafür, dass ein grünpflichtiger Transformationspfad die Klimakrise nicht lösen kann und gute Arbeit und *Just Transition* für eine erfolgreiche Energiewende unverzichtbar sind. Zudem hat die Eigentumsfrage aufgrund der gewerkschaftlichen Interventionen insbesondere bei Gruppen für Umweltgerechtigkeit inzwischen einen höheren Stellenwert.

Die wichtigste neue Allianz zwischen Gewerkschaften und Klimabewegung ist die *Climate Justice Coalition*. Sie wurde im Zuge des globalen Klimastreiks 2019 von der NGO *350 Africa* initiiert und umfasst neben dem neuen Dachverband SAFTU und der *General Industries Workers Union of South Africa* (GIWUSA) viele Gruppen für Umweltgerechtigkeit wie auch große Umwelt-NGOs. Deren Kampagne *Green New Eskom* fordert einen *Green New Deal*, dessen Dreh- und Angelpunkt der demokratische und sozialgerechte Umbau von Eskom zu einem Konzern für Erneuerbare ist. Daneben sollen dezentrale Projekte für Erneuerbare in der Hand lokaler Gemeinschaften aufgebaut werden. Damit werden frühe Forderungen nach Vergesellschaftung des Energiesektors wieder aufgegriffen, konkreter ausformuliert und mit einer *Just-Transition*-Perspektive verknüpft. Mit dem Fokus auf den Staatskonzern trägt die Kampagne den Anliegen von Gewerkschaften in der Koalition Rechnung: »Wir wollten Eskom als Teil der Lösung sehen, weil wir wollen, dass Arbeiter*innen Teil der Transformation sind. Der Fokus auf Eskom und die Vorteile öffentlicher Versorgungsunternehmen, die eher dem Gemeinwohl als dem Profitstreben dienen, war sehr wichtig für die linksgerichteten Gewerkschaften« (Interview 350 Africa, 28.7.2022). Darüber hinaus fanden Kooperationen im Forschungsprojekt *New Eskom* von AIDC, dem internationalen Gewerkschaftsverband *Trade Unions for Energy Democracy* (TUED) und dem *Transnational Institute* (TNI) statt. Das Projekt entwirft eine staatszentrierte Transformationsstrategie, welche die Teilprivatisierung von Eskom zurücknehmen, das REI4P beenden und stattdessen erneuerbare Energien durch Eskom ausbauen will. Während NUM diese Forderungen auf seinem letzten Gewerkschaftskongress übernahm, zog sich NUMSA zuletzt wieder auf eine sehr defensive Position zurück. Autoritäre Kräfte geben in NUMSA vermehrt den Ton an, ökosozialistische Gewerkschafter*innen wurden von einem Gewerkschaftskongress ausgeschlossen und alte Feindbilder gegenüber der Umweltbewegung werden wiederholt: »NGOs, von denen einige Beziehungen zu unserem Gewerkschaftsbund SAFTU unterhalten, stehen hinter der globalen kapitalistischen Agenda [...], dass Südafrika die Kohle nicht anrühren darf und legen daher nur Lippenbekenntnisse zu einer Just Transition ab« (NUMSA 2022, Übers. T.K.). Insgesamt ist das Bild also gemischt. Konflikte bestehen einerseits weiter, gleichzeitig suchen einige sozial-ökologische Gewerkschafter*innen und Klima-Aktivist*innen vermehrt den Schulterschluss bei den Themen *Just Transition*, Ökologisierung von Eskom und einer gesellschaftlichen Aneignung der Energiewende in öffentlicher Hand.

Diese neuen Allianzen entstehen im Kontext einer sich zuspitzenden Energiekrise. Stromabschaltungen, steigende Strompreise, Eskoms wachsende Schuldenberge und die Liberalisierungsdebatte machen ein einfaches

Weiter-So unwahrscheinlich und erhöhen den Druck auf die Gewerkschaften, neue Antworten auf die Krise des Energieversorgers zu finden. Zusätzlich standen zuletzt das Thema *Just Transition* durch die PCC, Eskoms *Just Energy Transition Taskforce* und die internationale *Just Energy Transition Partnership* weit oben auf der Agenda der südafrikanischen Regierung. Diese Politikinitiativen forcierten eine gesellschaftliche und politische Debatte, die Gewerkschaften und Klimabewegung wieder näher zueinander brachte. Darüber hinaus erkennen einige Gewerkschafter*innen in einer erstarkenden Klimabewegung Möglichkeiten, gewerkschaftliche Macht durch Bezugnahme auf die lebensweltliche Realität junger Generationen zu erneuern: »Der Wiederaufbau der Arbeiter*innen-Bewegung bedeutet, sich an den radikalisierten Teilen der Arbeiter*innen-Jugend und ihren Themen wie dem Klimawandel auszurichten« (Interview GIWUSA, 31.10.2019). Auf der anderen Seite hat bei einigen Umweltorganisationen ein strategisches Umdenken eingesetzt. Sie haben aus den vergangenen Konflikten gelernt, dass sie ihre Ziele nur schwer gegen gewerkschaftlichen Widerstand erreichen können. Einige Umweltorganisationen befassen sich daher vermehrt mit *Just Transition* und versuchen über Allianzen mit Gewerkschaften Gegenhegemonie aufzubauen und Widerstand gegen die Energiewende abzubauen. Um Gewerkschaften mit einzubinden, wird auch die Eigentumsfrage wichtiger und Eskom wird weniger als Gegner, sondern als Vehikel der Energiewende gesehen: »Unsere anfänglichen Botschaften waren in etwa: »Eskom bringt uns um« [...], und da gab es Widerstand von Gewerkschafter*innen gegen dieses Framing, weil sie befürchteten, dass dies den Privatisierungsdiskurs stärkt und den Eindruck erwecken könnte, dass Eskom der Feind und nicht Teil der Lösung ist« (Interview 350 Africa, 28.7.2022). Diese zaghaften Tendenzen einer Neuformierung des sozial-ökologischen Hegemonieprojekts entstehen zu einem Zeitpunkt, an dem das fossile Hegemonieprojekt vermehrt an Rückhalt verliert und ein grün-liberales Hegemonieprojekt für Gewerkschaften und Klimagerechtigkeits-Aktivist*innen keine Alternative bietet.

6. Von Konflikten zu Allianzen

Transformationskonflikte können potenziell progressive Kräfte entlang der Konfliktlinie Arbeit versus Klima spalten und dadurch eine sozial-ökologische Transformation erschweren. Am Beispiel Südafrika zeigt sich, wie eine marktorientierte Energiewende ohne *Just Transition* im Kontext einer angespannten sozio-ökonomischen Lage zum Aufflammen von Konflikten zwischen Gewerkschaften und Klimabewegung führt, die frühere Allianzen zunichtemachen. In der Hochphase der Konflikte kämpften Gewerkschaften für

ein fossiles Hegemonieprojekt und gegen ein von manchen Umweltorganisationen mitgetragenes grün-liberales Hegemonieprojekt. Der Fall Südafrika bestätigt die eingangs geschilderte These, dass Konflikte zwischen Gewerkschaften und Klimabewegung beide Seiten schwächen und die Chancen für eine sozial-ökologische Transformation verschlechtern.

Die Fallstudie zeigt zudem, dass Transformationskonflikte auch Lernprozesse auslösen können, die zu neuen Transformationsallianzen führten. Sozial-ökologische Kräfte in Gewerkschaften und Klimabewegung suchten im Anschluss an die Konflikteskalation erneut nach Möglichkeiten für Allianzen, um die Blockade im Konflikt zwischen Arbeit und Klima zu lösen. Dadurch zeigt sich, dass sich Transformationskonflikte nicht rein destruktiv als Transformationshindernisse fassen lassen, sondern auch eine produktive Rolle haben können. Unter bestimmten Umständen können Transformationskonflikte dann zu Katalysatoren für Lernprozesse und sozial-ökologische Allianzen werden.

Im Zentrum der neuen Such- und Allianzprozesse in Südafrika steht eine gemeinsame Strategie, sich die Energiewende gesellschaftlich anzueignen. Durch die Vergesellschaftung des Energiesektors sollen die Profitorientierung einer marktliberalen Energiewende durch eine Gemeinwohlorientierung ersetzt und die Bedingungen für eine *Just Transition* verbessert werden. Während grün-liberale und fossile Hegemonieprojekte immer wieder Konflikte zwischen Arbeit und Klima hervorrufen, hat eine Vergesellschaftungsperspektive das Potenzial diese zu entschärfen. Daraus ergibt sich die zu überprüfende These, dass eine vergesellschaftungszentrierte Transformationsstrategie auch in anderen Kontexten Klimagerechtigkeit, gute Arbeit und *Just Transition* in einem gegenhegemonialen sozial-ökologischen Transformationsprojekt vereinen und den Horizont eines demokratischen Ökosozialismus öffnen kann.

Zuletzt zeigen sich am Fall Südafrika eine Reihe von Konflikt- und Kooperationsfaktoren, die möglicherweise in anderen Kontexten relevant sind. Ein fossil-dominiertes Energiesystem, eine neoliberale Energiewendepolitik, hohe soziale Ungleichheit und Arbeitslosigkeit, interne Konflikte und die Einbindung von Gewerkschaften und Klimabewegung in konkurrierende Hegemonieprojekte steigern Konfliktpotenziale. Demgegenüber können Politikinitiativen zur Energiewende und zu *Just Transition*, internationale Konferenzen im eigenen Land und eine erstarkende Klimabewegung Möglichkeiten für sozial-ökologische Allianzen eröffnen. Diese können dann von engagierten Führungspersonen und Brückenbauer*innen genutzt werden, um den Zusammenschluss von gerechtigkeitsorientierten Umweltaktivist*innen und bewegungsorientierten Gewerkschafter*innen zu organisieren.

Literatur

- Bauriedl, Sybille (2019): »Just Transition«: Umkämpfte Gerechtigkeit beim UN-Klimagipfel 2018. URL: <https://klimadebatte.wordpress.com/>, Zugriff: 2.11.2022.
- Brand, Ulrich (2020): Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie: Klimastreiks und Alternativen zur imperialen Lebensweise. Hamburg.
- Buhlungu, Sakhela (2010): A Paradox of Victory: COSATU and the Democratic Transformation in South Africa. Durban.
- Burton, Jess e / Caetano, Tara / McCall, Bryce (2018): Coal transitions in South Africa. URL: <https://www.iddri.org/>, Zugriff: 7.12.2022.
- Ciplet, David / Harrison Jill (2020): Transition tensions: mapping conflicts in movements for a just and sustainable transition. In: *Environmental Politics* 29(3): 435-456. DOI: <https://doi.org/10.1080/09644016.2019.1595883>.
- COSATU (Congress of South African Trade Unions) (2012): A just transition to a low-carbon and climate resilient economy. URL: <https://www.tips.org.za/>, Zugriff: 2.11.2022.
- (2022): Just Transition Blueprint for Workers. URL: <http://mediadon.co.za/>, Zugriff: 6.11.2022.
- Deedat, Hamed (2018): The mining-energy nexus, climate change and prospects of just transition: Reflections of a labour education. In: Valiani, Salimah (Hg.): *The Future of Mining in South Africa: Sunset or Sunrise?* Johannesburg: 335-357. DOI: <https://doi.org/10.2307/j.ctvc60w8.16>.
- Dörre, Klaus u.a. (2020): Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationsprojekte um Energie und Mobilität. Frankfurt/M.
- Fine, Ben / Rustomjee, Zavareh (1996): *The Political Economy of South Africa: From Minerals-Energy-Complex to Industrialisation*. London.
- Goodstein, Eban (1999): *The Trade Off Myth: Fact and Fiction about Jobs and the Environment*. Washington.
- Haas, Tobias (2017): *Die politische Ökonomie der Energiewende. Deutschland und Spanien im Kontext multipler Krisendynamiken in Europa*. Wiesbaden. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-17319-7>.
- Hanto, Jonathan u.a. (2022): South Africa's energy transition – Unraveling its political economy. In: *Energy for Sustainable Development* 69: 164-178. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.esd.2022.06.006>.
- ILO (International Labour Organization) (2018): *World Employment and Social Outlook 2018: Greening with jobs*. URL: <https://www.ilo.org/>, Zugriff: 2.11.2022.
- Kannankulam, John / Georgi, Fabian (2014): *Kräfteverhältnisse und »Hegemonieprojekte« in der Eurokrise. Zur empirischen Analyse europäischer Konfliktodynamiken*. Arbeitspapier zur DVPW-Tagung der Sektion Politische Ökonomie am 9./10.10.2014.
- Kuckartz, Udo (2018): *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. Weinheim.
- Lawhon, Mary / Murphy, James (2012): Socio-technical regimes and sustainability transitions: Insights from political ecology. In: *Progress in Human Geography* 36(3): 354-378. DOI: <https://doi.org/10.1177/0309132511427960>.
- Mitchell, Timothy (2011): *Carbon Democracy. Political Power in the Age of Oil*. London.
- Morena, Edouard / Krause, Dunja / Stevis, Dimitris (2020): *Just Transitions: Social Justice in the Shift Towards a Low-Carbon World*. London. DOI: <https://doi.org/10.2307/j.ctvs09qrx>.
- Müller, Franziska / Claar, Simone (2021): Auctioning a »just energy transition«? South Africa's renewable energy procurement programme and its implications for transition strategies. In: *Review of African Political Economy* 48(169): 333-351. DOI: <https://doi.org/10.1080/03056244.2021.1932790>.
- Müller, Melanie (2017): *Auswirkungen internationaler Konferenzen auf soziale Bewegungen*.

- gen. Das Fallbeispiel der Klimakonferenz in Südafrika. Wiesbaden. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-16870-4>.
- Müller, Tazio (2018): »As Time Goes by ...«: The Hidden Pitfalls of the »Just Transition« Narrative. URL: <https://medium.com/>, Zugriff: 2.11.2022.
- NUMSA (National Union of Metalworkers of South Africa) (2012): Building a Socially-Owned Renewable Energy Sector in SA. Beschluss angenommen auf dem 9. Nationalkongress von NUMSA im Juni 2013.
- (2018): NUMSA and Transform RSA granted an interdict to prevent Eskom IPP contracts! (13.3.2018). URL: <https://numsa.org.za/>, Zugriff: 2.11.2022.
 - (2022): NUMSA Extended Central Committee Secretariate Report.
- Politicsweb (2018): Greenpeace hammers NUMSA over IPP interdict (14.3.2018). URL: <https://www.politicsweb.co.za/>, Zugriff: 2.11.2022.
- Räthzel, Nora / Uzzell, David (2011): Trade unions and climate change: The jobs versus environment dilemma. In: *Global Environmental Change* 21(4): 1215-1223. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2011.07.010>.
- Räthzel, Nora / Stevis, Dimitris / Uzzell, David (Hg.) (2021): *The Palgrave Handbook of Environmental Labour Studies*. Cham. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-030-71909-8>.
- Russell, Ellen (2018): Resisting Divide and Conquer: Worker/Environmental Alliances and the Problem of Economic Growth. In: *Capitalism Nature Socialism* 29(4): 109-128. DOI: <https://doi.org/10.1080/10455752.2017.1360924>.
- (2019): The Big Debate on Energy (2.5.2019). URL: <https://youtu.be/>, Zugriff: 2.11.2022.
- Satheesh, Silpa (2020): Moving beyond class: A critical review of labor-environmental conflicts from the global south. In: *Sociology Compass* 14(7): 1-14. DOI: <https://doi.org/10.1111/soc4.12797>.
- Scheidel, Armin u.a. (2018): Ecological distribution conflicts as forces for sustainability: an overview and conceptual framework. In: *Sustainability Science* 13: 585-598. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11625-017-0519-0>.
- Schnaiberg, Allan (1980): *The environment: from surplus to scarcity*. New York.
- Sikwebu, Dinga / Aroun, Woodrajh (2021): Energy Transitions in the Global South: The Precarious Location of Unions. In: Räthzel, Nora u.a. (2021): *The Palgrave Handbook of Environmental Labour Studies*. London: 59-81. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-030-71909-8_3.
- Soder, Michael / Niedermoser, Kathrin / Theine, Hendrik (2018): Beyond growth: New alliances for socio-ecological transformation in Austria. In: *Globalizations* 15(4): 520-535. DOI: <https://doi.org/10.1080/14747731.2018.1454680>.
- Ting, Marie Blanche / Byrne, Rob (2020): Eskom and the rise of renewables: Regime-resistance, crisis and the strategy of incumbency in South Africa's electricity system. In: *Energy Research & Social Science* 60: 101333. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.erss.2019.101333>.
- TIPS – Trade & Industrial Policy Strategies (2020): Sector jobs resilience plan: coal value chain. URL: <https://www.westerncape.gov.za/>, Zugriff: 2.11.2022.
- Thopil, George / Pouris, Anastassios (2013): International positioning of South African electricity prices and commodity differentiated pricing. In: *South African Journal of Science* 109(7/8): 1-5. DOI: <https://doi.org/10.1590/sajs.2013/20120075>.
- Von Holdt, Karl (2002): Social Movement Unionism: the Case of South Africa. In: *Work, Employment and Society* 16(2): 283-304. DOI: <https://doi.org/10.1177/095001702400426848>.
- Wilgosh, Becca / Sorman, Alevgul / Barcena, Iñaki (2022): When two movements collide: Learning from labour and environmental struggles for future Just Transitions. In: *Futures* 137: 102903. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.futures.2022.102903>.
- Wissen, Markus (2020): Klimakrise und Klassenkampf. Zum Verhältnis von ökologischen und sozialen Konflikten. In: *PROKLA* 200 50(3): 441-464. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v50i200.1900>.
- Witzel, Andreas / Reiter, Herwig (2000): *The Problem-centred Interview*. London.

die graswurzelrevolution kommentiert die aktuelle Politik und Kultur aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht.

Normalabo/ Auslandsabo: 45 / 55 €
 Förderabo/ Auslandsförderabo: 68 / 78 €
 Schnupperabo/ Auslandsschnupperabo (3 Ausgaben): 9 / 12 €
 Sozialabo: 25 € | pdf-Abo: 38 €
www.graswurzel.net

Abos verlängern sich automatisch. Sie können jederzeit gekündigt werden. Geschenkabos verlängern sich nicht automatisch. Ein Schnupperabo verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.

contrast^e

zeitung für selbstorganisation

461 40. JAHRGANG FEBRUAR 2023 4'50 EUR

SCHWERPUNKT
 Teilgabe: Geben
 und Nehmen für's
 Gemeinwohl

www.contraste.org